Nummer 235

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Dienstag, 22. Mai 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peseta, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Große Koalition oder Weimarer Koalition im Reiche?

Im Inlande wie im Auslande steht das deutsche Wahlergebnis durchaus im Mittelpunkt der Erörterungen. Während im Auslande bereits Skeptizismus in wirtschaftspolitischer Beziehung dem neuen Linkskurse gegenüber sich zu regen beginnt, segelt die deutsche Linke mit geschwellten Hoffnungen der Macht im Reiche entgegen. Die Sozialdemokraten wissen, daß sie zu entscheiden haben werden. Sie halten sich demgemäß zurück und beteiligen sich noch nicht an den Kombinationen. Sicher ist nur, daß Braun und Severing bei der Besetzung der höchsten Ämter im Vordergrunde stehen werden, wenn auch aus demokratischen Kreisen verlautet, Braun habe keine Lust, Kanzler zu werden. Lebhaft wird die Frage diskutiert, ob es zur Großen Koalition kommen wird oder ob die Linke in der Form der Weimarer Koalition unter sich bleiben wird. Schon vor den Wahlen war bekannt, daß die Deutsche Volkspartei die Möglichkeit einer Großen Koalition taktisch in Erwägung gezogen hatte. Heute warnt das größte Blatt der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung", vor der von Dr. Wirth erstrebten Möglichkeit, „daß sich innerhalb der Großen Koalition die Weimarer Parteien in einen festen Kern zusammenschließen und die Deutsche Volkspartei als Feigenblatt für ihre politischen Ziele benutzen". Auch wir sind der Meinung, daß der Deutschen Volkspartei kein anderes Schicksal in der Großen Koalition blühen wird. Sie sollte es sich um so mehr überlegen, diese undankbare Rolle zu spielen, als, wie sich jetzt herausstellt, rechnerisch sich durchaus die Möglichkeit zur Herstellung der Weimarer Koalition, also ohne die Deutsche Volkspartei bietet. Linksblätter machen selbst darauf aufmerksam, daß durch das Vorhandensein der Deutschen Bauernpartei mit ihren acht Mandaten eine Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei mit dieser kleinen, aus dem linksgerichteten Bayerischen Bauernbunde entstandenen Partei über eine, wenn auch knappe Mehrheit von einigen Stimmen verfügen würde. Wir sind der Meinung, daß man diesen Parteien durchaus Gelegenheit geben kann und soll, in dem Rahmen einer solchen Koalition, ähnlich wie bisher in Preußen, ihre Regierungskunst zu zeigen. Diese Weimarer Koalition würde hierzu weder der Hilfe der Deutschen Volkspartei noch der Unterstützung durch die Bayerische Volkspartei bedürfen, die übrigens nach dem klar antimarxistischen Ergebnis der Wahlen in Bayern so wie so nicht zu einer derartigen Koalition im Reiche drängen dürfte. Selbstverständlich ist der Linken lieber, wenn sie die Deutsche Volkspartei mitbelasten und durch die Beteiligung von Stresemann und Scholz das Odium der reinen Linksregierung äußerlich von sich entfernen kann. Zentrum und Demokraten geben sich schon jetzt Mühe, der Großen Koalition den Weg zu bereiten, und besonders aus den linksdemokratischen Blättern sprechen Angstzustände bei der Aussicht auf die Möglichkeit der Weimarer Koalition, in der angesichts der Stärke der Sozialdemokratie für die um 85 Prozent schwächeren (für Bayern übrigens ganz von der Bildfläche verschwundenen) Demokraten vielleicht ein unmaßgebliches Portefeuille abfällt. Für den Fall, daß die Deutsche Volkspartei es ablehnt, als Feigenblatt der Weimarer Parteien zu dienen, klopft man übrigens auch schon bei der — vorgestern noch heftig bekämpften — Wirtschaftspartei an und rechnet aus, daß eine Weimarer Koalition mit Wirtschaftspartei geradezu eine überwältigende Mehrheit haben würde . . .

Der sachlichen Arbeit der Linksregierung, wie sie auch aussehen mag, kann man mit Neugierde entgegensehen. Die „Kölnische Volkszeitung", das rheinische Zentrumsblatt, nennt Wahlreform, Parlamentsreform und Reichsreform die großen Forderungen, an denen auch nach dem 20. Mai festgehalten werden müsse. Unter diesen ist die Reichsreform innenpolitisch bei weitem die wichtigste. Wir sind gespannt, wie sich in dieser Frage zum Beispiel das Zentrum, das vor dem 20. Mai entschieden föderalistisch eingestellt war, sich nach dem 20. Mai mit der unitaristischen Sozialdemokratie einigen wird. Es ist nur ein Beispiel, dem sich viele andere zugesellen werden. Wir sehen der Entwicklung mit der Interessiertheit des außenstehenden Beobachters zu. Zunächst mögen die Leute, die sich mit den unerhörtesten Mitteln der Volksverhetzung und Wählerbetörung zur Macht gedrängt haben, zeigen, ob und wie sie diese Macht zu gebrauchen gedenken.

Dr. J.

Die Parteien im Preußischen Landtag.

Vorläufiges amtliches Ergebnis.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis sind in den Preußischen Landtag gewählt:

		1924:
Sozialdemokraten	136	114
Deutschnationale Volkspartei	82	109
Preußische Zentrumspartei	69	81
Zentrumspartei Niedersachsens	3	—
Deutsche Volkspartei	40	45
Kommunistische Partei	56	44
Deutsche Demokratische Partei	21	27
Wirtschaftspartei	21	11
Nationalsozialisten	6	11
Völkisch-nationaler Block	2	—
Deutsch-Hannoveraner	5	6
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei	7	—
Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)	2	—

*

Nach dieser Zusammenstellung, bei der immerhin noch Verschiebungen nach der einen oder anderen Seite hin erfolgen können, wie sie sich aus der Arithmetik der Wahlberechnung ergeben, würde sich eine Mandatsziffer für die gegenwärtige Regierungskoalition der „Weimarer Parteien" von 229 ergeben. Diese Koalition würde also über die absolute Majorität verfügen.

*

Nach der vorläufigen amtlichen Zusammenstellung des Preußischen Landeswahlleiters erhielten bei den Wahlen zum Preußischen Landtag Stimmen:

Sozialdemokratische Partei 5 453 392, Deutschnationale Volkspartei 3 263 947, Deutsche Volkspartei 1 597 608, Zentrum 2 745 547, Zentrumsliste Niedersachsen 124 265, Kommunisten 2 229 176, Demokraten 826 829, Wirtschaftspartei 889 217, Nationalsozialisten 345 619, Deutsche Bauernpartei 89 027, Völkisch-Nationaler Block 204 240, Christlich-Nationaler Bauern- und Landbund 276 646, Deutsch-Hannoveraner 187 933, Volksrechtpartei 234 039.

Gewinne und Verluste.

Die Stimmziffern der Parteien ergeben somit folgende Verschiebungen (auf große Ziffern abgerundet):

	Stimmen
Die Sozialdemokratische Partei gewinnt ca.	900 000
Die Deutschnationale Volkspartei verliert	1 100 000
Die Zentrumspartei verliert	365 000
Die Kommunistische Partei gewinnt	460 000
Die Deutsche Volkspartei verliert	200 000
Die Deutsch-Demokratische Partei verliert	258 000
Die Wirtschaftspartei gewinnt	380 000
Die Nationalsozialisten verlieren	90 000
Die Deutsch-Hannoveraner verlieren	72 000

Die rund 276 000 Stimmen der Christlich-nationalen Bauern und des Landbundes sind erfahrungsgemäß den Deutschnationalen zuzuzählen, insofern, als ein Zusammenschluß dieser beiden Gruppen im Landtag wahrscheinlich ist.

Bürgerliche Mehrheit in Bayern.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.

München, 21. Mai.

Die bayerischen Landtagswahlen hatten folgendes Gesamtergebnis:

Sozialdemokraten	801 584
Deutschnationale	305 844
Deutsche Volkspartei	110 692
Kommunisten	125 983
Bayerische Volkspartei	1 031 157
Nationalsozialisten	201 056
Bayerischer Bauernbund	369 711.

Nach diesen Stimmziffern ergibt sich folgende Mandatsverteilung:

Sozialdemokraten	34	Mandate
Deutschnationale	13	„
Deutsche Volkspartei	4	„
Kommunisten	5	„
Bayerische Volkspartei	46	„
Nationalsozialisten	9	„
Bayerischer Bauernbund	17	„

Da die Mandatsverteilung in den einzelnen Fällen nur auf sehr geringen Zahlenunterschieden beruht, können schon ganz geringfügige Abweichungen bei der endgültigen Feststellung der Ergebnisse, wie das zum Teil unvermeidlich ist, zu einer Veränderung der Ergebnisse um ein oder das andere Mandat führen. Bei den Ergebnissen des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes treten verschiedene Unterschiede in den Kennworten zutage. Das kann unter Umständen dazu führen, daß es im Landtagswahlausschuß zu einer Aenderung des Ergebnisses kommt. Da dieses Ergebnis die mutmaßliche Verteilung der Restsitze der Landtagsmandate einschließt, haben die Sozialdemokraten mit einem Gewinn von 9, die Deutschnationalen mit einem Gewinn von 1, die Deutsche Volkspartei von 2, die Nationalsozialisten von 3 und der Bauernbund von 5 zu rechnen. Die Bayerische Volkspartei wahrt ihren Besitzstand. Der Völkische Block verliert sämtliche 12, die Kommunisten 2 und die Demokraten 3 Mandate.

*

Im Bayerischen Landtag hatten die Fraktionen vor den Neuwahlen folgende Stärke: Sozialdemokraten 25, Deutschnationale 12, Zentrum 2, Deutsche Volkspartei 2, Kommunisten 7, Demokraten 3, Bayerische Volkspartei 46, Nationalsozialisten 6, Bauern- und Mittelstandsbund 12, Völkischer Block 12, Beamtengruppe Kratofil (jetzt gemeinsame Liste mit der Volksrechtpartei) 1, fraktionslos 1.

Beim Vergleich mit den jetzigen Mandaten ist zu berücksichtigen, daß aus den acht Wahlkreisen noch Restsitze für die nicht verbrauchten Reststimmen zu verteilen sind. Außerdem sind durch den Landeswahlausschuß 15 Landesmandate zu verteilen. Die endgültigen Fraktionsstärken können, da die Verteilungsschlüsselziffer der Wahlkreise noch nicht bekannt ist, nicht definitiv geschätzt werden.

Woldemaras sucht Englands Unterstützung in der Wilnafrage.

Gegen Beitritt zur Anti-Sowjetfront.

OE Kowno, 20. Mai.

Der Reise des Ministerpräsidenten Woldemaras nach London widmet das Regierungsorgan „Lietuvos Aidas" einen Artikel, in welchem folgendes ausgeführt wird: Die Beziehungen zu England habe Litauen schon aus dem Grunde besonders sorgfältig zu pflegen, weil England bei der Abwehr des Bolschewismus, einer auch für Litauen brennenden Frage, eine bedeutende Rolle spiele. An der Entwicklung in Osteuropa sei England stark interessiert und somit auch an der Entwicklung Litauens. Es lasse sich zwar noch nicht ganz genau sagen, welche Fragen Woldemaras in London mit den britischen Staatsmännern besprechen werde, doch würden wohl Litauens Hauptprobleme dabei auch zur Erörterung gelangen.

In den Kownoer politischen Kreisen will man aus Hinweisen dieses Artikels auf den Kampf gegen den Bolschewismus und auf Litauens Hauptprobleme entnehmen, daß die litauische Regierung Englands wohlwollende Stellungnahme zu Litauens Auseinandersetzungen mit Polen (besonders in der Wilnafrage) zu gewinnen sucht und nicht abgeneigt wäre, dafür einmalgen englischen Plänen gegen die Sowjetmacht zur Verfügung zu stehen.

— Der um die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika verdiente Rechtsanwalt Dr. Kießelbach-Hamburg ist von der Hamburgischen Universität zum Doktor der Staatswissenschaften ernannt worden.

Pressespiegel.

In den Blättern der Deutschnationalen macht man keinen Versuch, die Einbuße zu verbergen. Man erwägt die Folgerungen, die sich für die eigene Partei daraus ergeben. So schreibt die

„Kreuzzeitung":

„. . . . Mag sich jeder angesichts dieses Ergebnisses an die eigene Nase fassen und die alter Voraussicht nach nur kurze Zeit bis zur Neuwahl dazu benutzen, um den wahren Ursachen des bürgerlichen Verfalls nachzugehen. Die Deutschnationalen werden allen Grund haben, sich im eigenen Hause genau umzusehen und den Apparat mit neuem Geist aufzufrischen, der sich bis jetzt so schön handhaben ließ und mit dem man sich zufrieden gab, weil man ihn mechanisch beherrschte. Verluste in einzelnen Landesteilen bis zu und über 50 Prozent können nicht mit einem Achselzucken abgetan werden. Es hat auch keinen Zweck, sich irgendwelchen Täuschungen hinzugeben und die besonders in den Provinzen zutage getretene starke Wahlenthaltung als erklärende Bestätigung ins Treffen zu führen. Auch diese Wahlenthaltung ist ein Zeichen des erlahmenden politischen Willens und sie ist zu einem Teil stiller Protest gegen die wenig befriedigende Art, in der die Deutschnationalen Politik machen zu können glaubten."

Das Blatt fordert dann eine Reformation der politischen Einstellung des Wahlapparates. Auch die

„Deutsche Tageszeitung"

glaubt offenbar nicht an ein langes Leben des neuen Reichstages:

„Vielleicht wird der einzige Ausweg darin liegen, in Kürze einen neuen Appell an die Wähler zu richten. Die Tatsache, daß der neue Reichstag drei Sitze weniger aufweist als der alte, obwohl die marxistischen Parteien um nicht weniger als 80 Mandate zugenommen haben, zeigt ja, welche hilflose Wirkung am gestrigen Wahltage Zersplitterung und Mangel an staatsbürgerlichem Pflichtgefühl gezeitigt haben; und man sollte es eigentlich für undenkbar halten, daß die staatsbürgerlichen Wähler in ähnlicher Weise versagten, wenn sie bald wieder an die Urne gerufen würden."

Im Mittelpunkt der Erörterungen bei der bürgerlichen Mitte steht, wie schon gesagt, die Frage: Kommt die Große Koalition zustande? Die

„Tägliche Rundschau",

die bekanntlich der Deutschen Volkspartei nahesteht, streift diese Frage mit dem einen, lakonischen Satze:

„. . . Da eine Rechtskoalition nach der Niederlage der Deutschnationalen unmöglich geworden ist, muß somit die Bildung der Großen Koalition versucht werden."

Nicht so rasch fertig mit dem Wort ist die ebenfalls volksparteiliche

„Deutsche Allgemeine Zeitung":

„Den Sinn des parlamentarischen Systems entspricht es auf alle Fälle, wenn nun umgehend ein Vertreter der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, mit der Regierungsbildung betraut wird. Es ist nicht unsere Sache, uns den Kopf über die Koalition zu zerbrechen, die er bilden oder nicht bilden will. Die Sozialdemokratie soll doch einmal zeigen, was sie an wirklicher Arbeit zu leisten vermag. Ihren Stimmenzuwachs verdankt sie in erster Linie der bequemen Tatsache, daß sie sich in den letzten Jahren im Reich von der Verantwortung gedrückt und in Preußen die wirklich schwierigen Dinge zu den Akten geschrieben hat. Möge doch nunmehr ein Kabinett unter ihrer Führung beweisen, daß die schrankenlosen Versprechungen, die sie in der Opposition machen konnte, von ihr durchgeführt werden."

Das Zentrum hat, wie wir schon feststellten, erstaunliche Verluste erlitten. Trotzdem hält es die

„Kölnische Volkszeitung"

für richtig, vor der Tür der anderen zu kehren. Sie schreibt:

„Glänzend ist die Hereinnahme der Deutschnationalen in die Regierung gerechtfertigt. Die Deutsche Volkspartei hat in den ersten Jahren des neuen Reiches auch stark gezögert. Stresemann ist es erst gelungen, den rechten Flügel seiner Partei zu den Richtlinien der Außenpolitik, wie sie durch Haidenau, Wirth, Marx vorgezeichnet waren, zu bekehren."

Die

„Germania"

dagegen richtet den Blick nach innen:

„Wir dürfen uns jedenfalls nicht dabei beruhigen, daß auch uns die Splitterparteien Abbruch getan haben; denn daß die Sozialdemokratie aus unseren Reihen viel Zuzug erhalten hat, erscheint uns weder glaubwürdig, noch nachweisbar. Eher möchten wir den Rückgang außer auf das Konto der Splitterparteien auf Wahlenthaltung zurückführen. Das Zentrum hat gerade im Laufe des letzten Jahres große Stürme aushalten müssen. Neben den sachlichen Schwierigkeiten, die in der vergangenen Koalition lagen, haben sich auch öffentliche Auseinandersetzungen